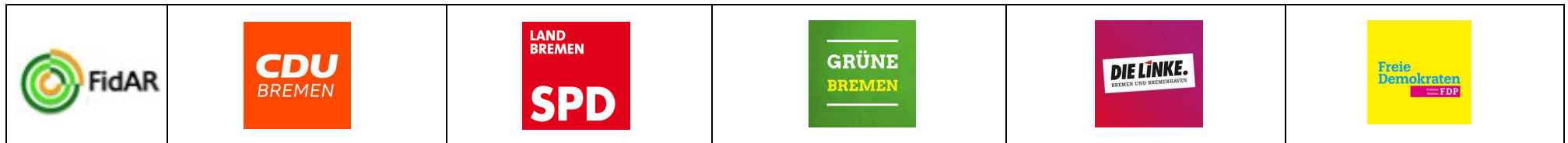


Bürgerschaftswahl Bremen am 14.05.2023

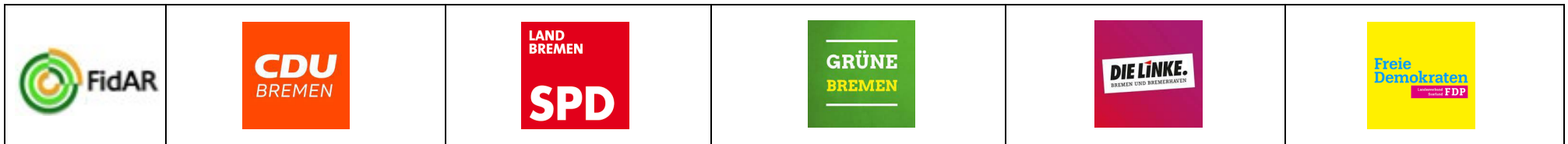
Vergleich der Wahlprogramme von CDU, SPD Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP hinsichtlich
Gleiche Teilhabe, Frauen in Führungspositionen, Parität, Equal Pay, Digitalisierung/Start-ups/Gründerinnen, Leben frei von Gewalt
(Stand: 03.05.2023)



Partei-programme	Link zum Wahlprogramm CDU	Link zum Wahlprogramm SPD	Link zum Wahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Link zum Wahlprogramm Die LINKE	Link zum Wahlprogramm FDP
Zusammenfassung	<p>Mitglieder: 1.976*</p> <p>Das Wort „Frau/en“ wird insgesamt 24 mal im Wahlprogramm erwähnt.</p> <p>Die CDU will durch Betreuungsangebote die Teilzeitquote von Frauen senken, spezielle MINT-Programme stärken, frauentypische Berufe aufwerten, Frauen ohne Abschluss unterstützen. Für Alleinerziehende: Bildungsoffensive und weitere Maßnahmen. Alle sollen beste berufliche und private Chancen haben.</p> <p>Die CDU will Frauen gleichberechtigt behandeln, ermuntern Führungspositionen im öffentlichen Dienst zu übernehmen und will sie mit gezielter Personalentwicklung darauf vorbereiten.</p>	<p>Mitglieder: 3.800*</p> <p>Das Wort „Frau/en“ wird insgesamt 87 mal im Wahlprogramm erwähnt.</p> <p>Für die SPD steht geschlechtergerechte Arbeitswelt und Arbeitsmarkt im Fokus. (Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmen, flexible Arbeitsmodelle, Angebote für geschlechtersensible Berufsberatung,...). Negative Folgen der Pandemie für Frauen sollen durch politisches Handeln bearbeitet werden.</p> <p>Die SPD verantwortet konkrete Programme: „Bremer Landesstrategie im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ (für Equal Pay, Aufstiegschancen, etc.) und EFRE-Programm „Gender</p>	<p>Mitglieder: 1.245*</p> <p>Das Wort „Frau/en“ wird insgesamt 51 mal im Wahlprogramm erwähnt.</p> <p>Die Grünen wollen die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und setzen sich für gleich Bezahlung ein (konkret: tarifliche Verbesserung, Eindämmung Minijobs, flexible Arbeitsmodelle, Kinderbetreuung). Arbeitsverhältnisse mit geringfügiger Arbeitszeit sollen sozialversicherungspflichtig werden.</p> <p>Frauenförderung in der Justiz mit einem Geschlechterförderplan und Transparenz im Beurteilungssystem. Zur Erreichung der Gleichstellung werden weiterhin die ZGF und weitere Anlaufstellen für Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* Personen gefördert.</p>	<p>Mitglieder: 705*</p> <p>Das Wort „Frau/en“ wird insgesamt 74 mal im Wahlprogramm erwähnt.</p> <p>Für die LINKE ist Gleichstellung der Geschlechter ist ein Kernanliegen. Die LINKE setzt sich u.a. für die Stärkung von Frauen in Betriebsräten und Einrichtung von Gleichstellungsausschüssen ein. Es braucht u.a. eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen in Fach- und Führungspositionen. Die Linke hält am Ziel eines Paritätsgesetzes für den Bremischen Landtag fest. Entgeltgleichheit und höhere Frauenerwerbsquote sollen durch Kinderbetreuung erreicht werden. Die Maßnahmen der Landesstrategie zur Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit sollen konsequent umgesetzt werden (u.a. Pilotprojekte, Aufstockung EFRE-Mittel).</p>	<p>Mitglieder: 500*</p> <p>Das Wort „Frau/en“ wird insgesamt 30 mal im Wahlprogramm erwähnt.</p> <p>Die FDP vertritt die Auffassung, dass es Aufgabe des Staates ist, die Gleichberechtigung durch die Bereitstellung gerechter Chancen sicherzustellen und dass Frauen immer noch weniger als Männer verdienen. Zur Transparenz der Lohnlücke werden unbürokratische Methoden begrüßt.</p> <p>Modulare Ausbildung oder Teilzeitqualifikationen sind für die FDP konkrete Maßnahmen um Kinder und Beruf in Einklang zu bringen.</p> <p>Ziel ist eine geschlechtergerechte Besetzung von wissenschaftlichen Positionen. Die Förderung von Frauen in Wissenschaft, Technik, MINT wird begrüßt.</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>



<p>Parität soll in allen Führungspositionen der Landesverwaltung umgesetzt werden – mit der Einschränkung: wo immer es geeignete Kandidatinnen gibt (Stichwort: Frauenförderung und Bestenauslese)</p> <p>Gleiche Bezahlung wird angestrebt. Gefördert wird Leistung nicht Geschlecht.</p> <p>Frauen sollen für Gründungen begeistert werden (spezielle Beratungsangebote).</p> <p>Konkrete Maßnahmen zum Thema Gewalt.</p>	<p>Diversity in KMU. Geschlechtergerechte Umsetzung der Wirtschaftsförderung. Öffentliche Verwaltung muss als Vorbild den Frauenanteil erhöhen. Dazu werden konkrete Schritte in das Landesgleichstellungsgesetz festgeschrieben. Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen von Frauen und in die Führungsetagen sollen gezielt gefördert werden. Verfassungskonformes Paritätsgesetz bleibt Ziel der SPD.</p> <p>Landesaktionsprogramm „Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ soll aufgelegt werden, dazu wird eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe eingesetzt. Regelmäßiges Monitoring soll Erfolge messen. SPD setzt sich für Familienbesteuerung (anstatt Ehegattensplitting) ein. Gender-Pay-Gap soll geschlossen werden. Weiterentwicklung Entgelttransparenzgesetz auf Bundesebenes. Einstieg in ein flächendeckendes Gender Budgeting.</p> <p>Konkrete Maßnahmen zum Thema Gewalt.</p>	<p>Im Landesgleichstellungsgesetz sollen alle Geschlechtsidentitäten berücksichtigt werden.</p> <p>Gleichberechtigten Zugang für Frauen bei Gründungen oder zu Führungsetagen gezielt fördern. (flexible Vollzeit, geteilte Führung). Frauenquote von 50 % in Aufsichtsräten, Vorständen und Unternehmen mit Landesbeteiligung. Förderprogramm für mehr Frauen in FüPo in Vereinen und Verbänden. Am Ziel Parität in der Bremischen Bürgerschaft wird festgehalten. Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmer*innen (Mindestlohn, Tarifbindung, familienfreundliche Arbeitsformen, gerechte Entgelte, ...) Care-Arbeit muss fair bezahlt werden. Auf Bundesebene wird ein Entgeltgleichheitsgesetz gefordert. Konsequentes Gender Mainstreaming und Gender Budgeting wird intensiviert. Geschlechtergleichstellung soll zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor ausgebaut werden. Öffentliche Förderungen müssen gendersensibel verteilt werden (besonders bei Gründungen)</p> <p>Konkrete Maßnahmen zum Thema Gewalt.</p>	<p>Die Linke setzt sich für die Umsetzung einer ressortübergreifenden Strategie gegen Entgeltungleichheit im Land Bremen ein. Das Ehegattensplitting soll durch ein Realsplitting ersetzt werden. Das Landesgleichstellungsgesetz muss in Richtung Entgeltgleichheit weiter entwickelt werden. Die LINKE hat erreicht, dass mit dem Programm „SHE STARTS NOW!“ deutlich mehr Frauen von Gründungsberatung profitieren. Ziel ist jetzt dieses Potenzial in nachhaltig erfolgreiche Gründungen zu überführen. Projekte wie „F.IT – Frauen in IT“ sollen verstetigt werden, um Frauen für IT-Berufe zu gewinnen und zu qualifizieren.</p> <p>Keine Aussage zu Frauen in Führungspositionen.</p> <p>Konkrete Maßnahmen zum Thema Gewalt.</p>	<p>Keine Aussage zu Frauen in Führungspositionen und Parität.</p> <p>Die FDP will die staatlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich in Bremen mehr innovative Gründerinnen und Gründer ansiedeln.</p> <p>Konkrete Maßnahmen zum Thema Gewalt.</p>
---	---	---	--	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>



<p>Gleiche Teilhabe</p>	<p>Ebenfalls werden wir bereits bestehende Ressourcen heben, indem wir die Teilzeitquote dadurch senken, dass wir attraktive, qualitativ höherwertige und zuverlässige Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Wir können es uns nicht erlauben, dass vornehmlich Frauen mit der Familiengründung aus dem Beruf ausscheiden bzw. gegen ihren Willen in Teilzeit arbeiten. Hierfür werden wir mit familienpolitischen und gleichstellungspolitischen Maßnahmen Voraussetzungen schaffen, die eine berufliche Tätigkeit ermöglichen. (Seite 13)</p> <p>... Betriebskindergärten fördern und in die Planung von Kita-Plätzen einbeziehen, da wir uns modernen Arbeitsmöglichkeiten und dem Abbau von Karrierenachteilen für erziehende Elternteile verpflichtet fühlen. Die Verbindung von Arbeitsplatz und Kinderbetreuung an einem Ort erachten wir dafür als ideal, • gemeinsam mit Unternehmen Konzepte entwickeln, wie Kinder alleinerziehender Eltern auch während ihrer Schichtzeiten kindgerecht betreut werden können. Davon erhoffen wir uns auch</p>	<p>Gleiche Chancen, gleicher Lohn – geschlechtergerechte Arbeitswelt: Eine geschlechtergerechte Arbeitswelt ist das erklärte Ziel der Bremer Sozialdemokratie und sollte heute eine Selbstverständlichkeit sein – leider sind wir in Deutschland und in Bremen von diesem Ziel nach wie vor weit entfernt. (Seite 11)</p> <p>(...) Nur ein geschlechtergerechter Arbeitsmarkt schafft die Basis für wirtschaftliche Stärke und einen zukunftsfähigen Standort Bremen und Bremerhaven.</p> <p>Wir werden auf Landesebene ein Beratungs- und Unterstützungsangebot etablieren, mit dem Unternehmen geholfen wird, die sich auf den Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit im Betrieb machen wollen. (Seite 11)</p> <p>(...) Wir unterstützen flexible Arbeitszeit- und Arbeitsmodelle, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. (Seite 11)</p> <p>Für einen geschlechtergerechten Zugang zum Arbeitsmarkt</p>	<p>Sexuelle und reproduktive Gesundheit (...) zusätzlich interdisziplinäre Zentren für sexuelle, reproduktive und genderspezifische Gesundheit schaffen. Es soll der gesamte Bereich von Fragen der Verhütungsmethode bis hin was der Mensch braucht zur Testung sexuell übertragbarer Krankheiten abgedeckt werden. Eine integrierte gynäkologische Sprechstunde für Frauen ohne Krankenversicherung (...) (Seite 22f)</p> <p>Wir wollen die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und setzen uns für gleiche Bezahlung und gute Kinderbetreuung ein. (Seite 36)</p> <p>Frauenerwerbsquote erhöhen (...) Wir arbeiten daher weiter daran, den bremischen Arbeitsmarkt für Frauen und nicht-binäre Personen noch besser zu öffnen, kämpfen für die gleiche Bezahlung aller Geschlechter, unterstützen tarifliche Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen, unterstützen die Eindämmung der Minijobs, fördern familiengerechte Arbeitszeitmodelle und intensivieren den bedarfsgerechten Ausbau einer flexiblen und verlässlichen Kinderbetreuung. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein,</p>	<p>Für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund, die ihre Beschäftigung in einer von der Corona-Pandemie direkt oder indirekt betroffenen Branche verloren haben, hat das LINKE Arbeitsressort die Programme PAM (Perspektive für Menschen mit Migrationshintergrund) und PAF (Perspektive Arbeit für Frauen) entwickelt und umgesetzt, um Berufswege in zukunftsfähigen Arbeitsgebieten, wie z. B. in Schulen und Kitas zu eröffnen. Diese Programme sollen verstetigt und ausgeweitet werden. (Seite 36)</p> <p>Für die Befreiung aller muss Geschlechtergerechtigkeit überall stattfinden. Feministische Politik zielt jedoch nicht nur auf Gleichstellung in einzelnen Bereichen und Aspekten ab, sondern auf die Auflösung der Machtstrukturen, die Frauen gleiche Teilhabe und eine freie Wahl von Lebensentwürfen verwehren. Dazu gehört ebenso die Erkenntnis, dass rassistische, behinderte oder arme Frauen und queere Menschen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind. (Seite 38)</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein. Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben mit einem individuellen Lebensentwurf. Wer seinen eigenen individuellen Lebensentwurf finden und leben will, der braucht alle Angebote: Von flexibler Kinderbetreuung über Ausbildung in Teilzeit bis zu modernen Arbeitsformen. Der Staat hat die Aufgabe, die Gleichberechtigung durch die Bereitstellung gerechter Chancen sicherzustellen. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Wir Freie Demokraten begrüßen unbürokratische Methoden, die zur Transparenz der Lohnlücke beitragen. (Seite 83)</p> <p>Eine Stärkung der Sozial- und Gesundheitsberufe ist für uns ein zentrales Anliegen, nicht nur, weil hier bisher vorrangig Frauen tätig sind. Dafür bedarf es flexibler Arbeitszeiten, ausreichend Ausbildung in allen Gesundheitsberufen und angemessener Kinderbetreuung. (Seite 84)</p>
--------------------------------	--	--	--	---	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).







* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>



<p>eine Stärkung der Attraktivität von MINT- sowie Sozialberufen für Frauen und Männer, ... (Seite 2)</p> <p>Chancengerechtigkeit im Alltag und im Beruf (Schnittstelle Arbeit, Soziales, Wirtschaft) Vor allem Frauen, aber auch Männer, sollen im Land Bremen die Chance und die Wahl erhalten, sich beruflich und privat so entwickeln zu können, wie sie es möchten. Kindererziehung, die Pflege Angehöriger oder die Berufswahl dürfen nicht zum Nachteil von Frauen werden. Wir wollen ein Bremen, in dem auch Frauen und Mädchen die besten beruflichen und privaten Chancen haben! (Seite 83)</p> <p>Oftmals sind Geschlechter- und Rollenklischees für die Berufswahl ausschlaggebend. Diese Klischees werden vermehrt in der frühen Kindheit gebildet. Wir wollen, dass Berufsbilder frühestmöglich von Klischees befreit werden und gleichzeitig Berufe attraktiv gemacht werden, die strukturell einen hohen Bedarf haben. In Bremen werden für Frauen die bundesweit niedrigsten Erwerbstätigen- und Beschäftigungsquoten</p>	<p>sind darüber hinaus eine geschlechtersensible Berufsberatung, eine spezielle Förderung und Qualifikationsprogramme für Mädchen und junge Frauen erforderlich. Wir werden an Schulen und Hochschulen gezielt solche Angebote fördern. (Seite 12)</p> <p>Die Pandemie hat auch Geschlechterungleichheiten verschärft: Frauen haben den Großteil der zusätzlich notwendigen Sorgearbeit während der Schul- und Kita-Schließungen übernommen, sie waren häufiger von Arbeitsplatzverlusten oder Arbeitszeitreduktion betroffen und konnten seltener Kurzarbeitergeld beanspruchen, was mit materiellen Einbußen, persönlichen Einschränkungen und einem Rollback in der familiären Aufgabenteilung für sie einherging. Unser Ziel ist, dass diese Dynamiken die schon vor der Pandemie bestehenden sozialen Problemlagen und Ungleichheiten im Land Bremen nicht weiter verschärfen. (...) Es gilt, ihre teils noch zu erwartenden sozialen Folgen verstärkt in unserem</p>	<p>dass auch Arbeitsverhältnisse mit geringfügiger Arbeitszeit sozialversicherungspflichtig werden. (Seite 40)</p> <p>Frauen (feministische) Förderung in der Justiz stärken Die Förderung von Frauen und nicht-binären Personen in der Justiz werden wir mit einem Geschlechterförderplan weiter stärken und Fragen der gleichberechtigten Berücksichtigung aller Geschlechter bei Beurteilungen, Beförderungen und der Besetzung von Gremien regeln. Zudem schaffen wir Transparenz im Beurteilungssystem im Hinblick auf die diskriminierende Wirkung. (Seite 106)</p> <p>Wir haben mit feministisch-grüner Politik schon viel erreicht, sind aber längst noch nicht am Ziel. Denn Frauen sind noch immer unterrepräsentiert in Parlamenten und Führungsebenen, sie erhalten weniger Lohn für gleichwertige Arbeit, sie sind als alleinerziehende oder alte Frauen besonders von Armut betroffen, sie werden häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt und leisten immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit. Für die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit müssen alle betroffenen</p>	<p>Um die Gleichstellung in Betrieben weiter voranzubringen, ist die Stärkung von Frauen in Betriebsräten (z. B. durch Bildungs- bzw. Mitbestimmungsprogramme) und die Einrichtung von Gleichstellungsausschüssen wichtig. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, das Betriebsverfassungsgesetz dahingehend zu ändern, dass die Einrichtung von Gleichstellungsausschüssen verpflichtend wird. (Seite 38)</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen allen Frauen die Möglichkeiten eröffnen, einer Beschäftigung nachzugehen, um selbstbestimmt leben zu können. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass die Gesellschaft nicht auf die Leistungen von Frauen verzichten kann. Um Kinder und Beruf in Einklang bringen zu können, müssen alternative Ausbildungsmodelle entwickelt werden, z.B. die Modulare Ausbildung oder Teilzeitqualifikationen, und dies möglichst unter Einbeziehung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. (Seite 84)</p>
--	--	--	--	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

	<p>und die höchsten Arbeitslosenquoten gemessen, doppelt so viele Bremerinnen wie im Bundesschnitt leben in der Mindestsicherung. Häufiger als in allen anderen Bundesländern können Frauen keinen Schulabschluss beziehungsweise beruflichen Bildungsabschluss nachweisen und verbleiben vermehrt in der Rolle der Hausfrau und Mutter. Hier sind wir in Bremen in den letzten Jahren keinen Schritt vorangekommen. Daher werden wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • spezielle MINT-Programme weiter stärken, • Rahmenbedingungen schaffen, um frauentypische Berufe hinsichtlich des Verdiensts und der Attraktivität aufzuwerten, • Frauen und Mütter, vor allem Alleinerziehende ohne Abschluss, intensiviert auf dem Weg zum Berufsabschluss begleiten und den Zugang zum Berufsleben erleichtern, (...) • eine bessere Berücksichtigung von Unterbrechungszeiten im öffentlichen Dienst umsetzen und unter anderem die Möglichkeit schaffen, Regelbeurteilungen bei Unterbrechungszeiten infolge von Elternzeit oder einer Beurlaubung 	<p>politischen Handeln zu bearbeiten. (Seite 112 & 113)</p> <p>Gleichstellung bedeutet die gleichen Verwirklichungschancen von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern in allen Bereichen der Gesellschaft. Wir verstehen sie als Grundlage und Antrieb für eine moderne, zukunfts-gewandte Gesellschaft. Sie zu verwirklichen ist eine der zentralen Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit. (Seite 132)</p> <p>Um Frauen den Zugang zu diesen Arbeitsplätzen zu erleichtern, ist daher eine gezielte Ansprache und eine früh einsetzende Berufsorientierung erforderlich. (...) (Seite 133)</p> <p>Wir haben die „Bremer Landesstrategie Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ auf den Weg gebracht, um auf Landesebene Maßnahmen umzusetzen, die sich an die regionale Wirtschaft, an den Öffentlichen Dienst sowie an Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen richten. Zent-</p>	<p>Gruppen solidarisch zusammenstehen. (...). Wir fördern daher weiterhin die wichtige Arbeit der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) und anderer engagierter Akteur*innen, wie etwa Beratungs-, Bildungs- und Anlaufstellen für Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* Personen. (Seite 119)</p> <p>Geschlechtersensible Pädagogik (...) (Seite 120)</p> <p>Wir wollen das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) überarbeiten und darin alle Geschlechtsidentitäten berücksichtigen. (Seite 122) (...)</p> <p>dass wir das Arbeits- und Fachkräftepotenzial von Frauen stärken und die Rahmenbedingungen zum gleichberechtigten Zugang für Frauen bei Unternehmensgründungen oder zu Führungsetagen gezielt fördern werden. Dazu gehören nicht zuletzt neue Instrumente wie die flexible Vollzeit und geteilte Führung. Um diese wirtschaftliche Teilhabe von Frauen in allen Lebensphasen real zu ermöglichen, ist die Vereinbarkeit und Gleichzeitigkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit eine grundlegende Voraussetzung. (Seite 225)</p>		
--	--	--	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

	<p>zur Betreuung fiktiv fortzuschreiben. (Seite 84)</p> <p>Lebenswerte Welten für Alleinerziehende (Schnittstelle: Arbeit, Soziales, Berufsbildung)</p> <p>Wir werden Alleinerziehende nicht länger allein lassen. In den zurückliegenden vier Jahren wurde für die rund 19.000 Alleinerziehenden im Land Bremen nichts erreicht; kein Fortschritt in Richtung Unabhängigkeit von staatlicher Existenzsicherung. Im Gegenteil: Nach wie vor werden für sie hier die niedrigste Erwerbsneigung und die niedrigste Erwerbsbeteiligung im Vergleich aller Bundesländer gemessen. Jede fünfte arbeitslose alleinerziehende Mutter ist in Bremen ohne Schulabschluss, weit mehr als die Hälfte ohne Beruf. (...) Wir werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • uns mit aller Kraft für eine Bildungsoffensive für Alleinerziehende einsetzen, insbesondere für berufliche Aus- und Weiterbildung auch in Teilzeit, • verlässliche und flexible Kinderbetreuungsangebote schaffen, um den Müttern den Rücken für Ausbildung und Beruf freizuhalten, • Alleinerziehende bei der 	<p>rale Themen sind dabei die Bekämpfung der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern, die zukunftsorientierte Qualifizierung, gleichwertige Aufstiegschancen in den Unternehmen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zu den strategischen Handlungsfeldern gehören gerade für alleinerziehende Frauen mehr und flexiblere Betreuungsangebote, die mit einer Aufwertung des Erzieher*innenberufs verbunden werden sollen. (Seite 133)</p> <p>...EFRE-Programm „Gender Diversity in KMU“ bereitgestellt, um Frauen für innovative Unternehmen zu gewinnen. (...) (Seite 133)</p> <p>...Wir sorgen für die geschlechtergerechte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung, die vor dem Hintergrund, dass zukünftig ein Großteil der Fördermittel (...) (Seite 133)</p> <p>Bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote spielen die entscheidende Rolle, um die Gleichstellung von Frauen auf</p>			
--	--	--	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>



	<p>Vergabe von Kita-Plätzen zu bevorzugen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Haushaltshilfen wo nötig fördern, um qualifizierende Abschlüsse zu ermöglichen, • Alleinerziehende für sozialen Wohnraum berechtigen, um Stigmatisierung und Benachteiligung bei der Wohnungssuche zu umgehen, • Alleinerziehende in Sachen Kindesunterhalt ämterseitig stärker unterstützen, um gegen die bundesweit niedrigsten Rückholquoten beim Unterhaltsvorschuss vorzugehen. Die Durchsetzung privater Ansprüche hilft, staatliche Abhängigkeiten zu reduzieren bzw. zu verhindern. (Seite 84) 	<p>dem Arbeitsmarkt voranzutreiben. (...) (Seite 134) Mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und privater Lebensführung muss der öffentliche Sektor eine Vorreiterrolle spielen. (...) (Seite 134)</p> <p>Geschlechtergerechte, kultursensible Gesundheits- und Pflegepolitik (...) Ebenso prüfen wir eine Förderung für Forschung im Bereich des medizinischen Gender-Data-Gaps. Wir bringen eine Bundesratsinitiative ein, die die Einbeziehung von Frauen in klinische Studien zum Ziel hat, um so die Forschung voranzubringen und die Versorgung von Frauen langfristig zu verbessern. Auch im gesundheitlichen Bereich brauchen wir eine stärkere Perspektive für die Belange von Frauen. (...) (Seite 144)</p>			
<p>Frauen in Führungspositionen</p>	<p>Im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen und Frauen gleichberechtigt behandeln, zur Übernahme von Führungspositionen ermuntern und mit gezielter Personalentwicklung darauf vorbereiten. (Seite 84)</p>	<p>Im eigenen Bereich, in der öffentlichen Verwaltung und den Beteiligungsgesellschaften, müssen wir Vorbild sein: Wir werden weiter daran arbeiten, den Führungskräfteanteil von Frauen zu erhöhen und die dazu erforderlichen Schritte im Landesgleichstellungsgesetz verbindlich festzuschreiben.</p>	<p>Wir gewährleisten (...) mehr Frauen in Führung und mehr „geteilte Führung“ (...) (Seite 38)</p> <p>Bestens qualifiziert, schlecht beschäftigt: So können auch heute noch viele Arbeitsverhältnisse von Frauen beschrieben werden. In Führungsverantwortung und Vorstands-</p>	<p>Die Erwerbsquote von Frauen in Bremen und Bremerhaven liegt mit rund 70 Prozent bundesweit hinten und deutlich unter der Erwerbsquote von Männern. Dahinter steht eine Rollenverteilung, die in Bundesländern mit klassischer Industriestruktur gewachsen ist, aber nicht mehr den Transformationen dieser Zeit entspricht, hier müssen</p>	<p>Wir Freie Demokraten begrüßen die Förderungen von Frauen im wissenschaftlichen Bereich, insbesondere im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Ebenso begrüßen wir die Förderung von Frauen in Führungspositionen im wissenschaftlichen Bereich. Unser Ziel ist</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

	<ul style="list-style-type: none"> • familienfreundliche Arbeitsmodelle wie „Führen in Teilzeit“, „Geteilte Führung“ oder „Flexibles Arbeiten“ weiter fördern, aber dort, wo es zu schlechterer Leistung führt oder aufgrund von Arbeitsprozessen kaum bis schwierig möglich ist, auch wieder einschränken, ... (Seite 84) 	<p>(Seite 12)</p> <p>Durch die oft prekäre Lage der Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt wissen wir: Es braucht eine feministische Perspektive auf Wirtschaftspolitik, um genderbedingte Ungleichbehandlung zu überwinden und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Wir wollen die Geschlechtergleichstellung zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für das Land Bremen machen. Das bedeutet, dass wir das Arbeits- und Fachkräftepotenzial von Frauen stärken und die Rahmenbedingungen zum gleichberechtigten Zugang für Frauen bei Unternehmensgründungen oder zu Führungssetagen gezielt fördern werden. (Seite 224)</p>	<p>etagen sind sie weitgehend unterrepräsentiert. Wir stehen daher weiterhin zur Frauenquote von 50 Prozent in Aufsichtsräten, Vorständen und Unternehmen mit Landesbeteiligung. Hier begrüßen wir nach Jahren der Blockade durch vorherige Bundesregierungen die Einigung zur EU-Führungspositionen-Richtlinie als wichtigen Schritt in die richtige Richtung. (Seite 40)</p> <p>Wir setzen uns zudem für ein Förderprogramm ein, das mehr Frauen in die Führungspositionen der Vereine und Verbände bringt und sorgen auch künftig für die notwendige Repräsentanz des Sports im parlamentarischen Raum. (Seite 139)</p>	<p>wir ran: mit dem Aufbau neuer Jobs in Zukunftssektoren und der Unterstützung von Erwerbsbiografien, in denen ausreichend Raum für Familie und Privates, für bezahlte Qualifizierung, Auzeiten und Neuorientierung vorhanden ist. Es braucht eine höhere Beschäftigungs- und Qualifizierungsquote von Frauen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, in Fach- und Führungspositionen, die Förderung der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf, geschlechtergerechte und inklusive Unternehmenskulturen. (Seite 38)</p>	<p>es, eine geschlechtergerechte Besetzung von wissenschaftlichen Positionen (Seite 84)</p>
Parität	<p>Parität bei allen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung umsetzen, wo immer es geeignete Kandidatinnen gibt. Frauenförderung und Bestenauslese gehen dabei für uns Hand in Hand. (Seite 84)</p>	<p>Geschlechtergerechtigkeit und Diversität sind wesentliche Erfolgsfaktoren für alle politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen, so ist es in Artikel 2 unserer Landesverfassung verankert. Die Weiterentwicklung eines verfassungskonformen Paritätsgesetzes zur Geschlechtergerechtigkeit</p>	<p>Trotz des vorliegenden Gutachtens, wonach das Bremer Wahlrecht nicht mit paritätischen Regeln vereinbar ist, halten wir am Ziel der Parität in der Bremischen Bürgerschaft fest. Wir sind überzeugt, dass Vielfalt im Parlament zu besseren politischen Entscheidungen führt und dass es hierfür entsprechende Regularien braucht. Geschlechtergerechtigkeit</p>	<p>Frauen sind in Parlamenten nach wie vor unterrepräsentiert, insbesondere in Kommunalparlamenten, aber auch im Bundestag und im Bremischen Landtag. DIE LINKE hält am Ziel eines Paritätsgesetzes fest, um eine mindestens gleiche Repräsentanz von Frauen in Bürgerschaft, Stadtverordnetenversammlung und Beiräten zu erreichen.</p>	<p>Keine Aussage zu Parität.</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

		<p>tigkeit in allen Gremien des öffentlichen Rechts bleibt weiterhin unser Ziel. (Seite 134)</p> <p>So wollen wir die Etablierung von Frauenbeiräten nach dem Vorbild von Berlin prüfen und sie in ausgewählten Stadtteilen zunächst als Modellprojekte einführen. Bei allen Vorhaben der Bürgerbeteiligung und in den Stadtteilbeiräten legen wir besonderes Augenmerk auf die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen. (...) (Seite 163)</p>	<p>ist unverzichtbar für eine echte demokratische Gesellschaft, die Durchsetzung daher staatliche Aufgabe. (Seite 119)</p>	(Seite 41)	
Equal Pay/ Gender-budgeting	<p>Als CDU widerstrebt es uns, dass Frauen schlechter bezahlt werden als männliche Kollegen und wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen sich auch für Berufe interessieren, für die sie entgegen allen Rollenklischees genauso gut geeignet sind. Wir wollen jedoch nicht, dass das Geschlecht das dominierende Merkmal für Förderung wird - gefördert werden soll, wer Leistung bringt, sich engagiert oder besonderer Unterstützung bedarf. (Seite 81)</p>	<p>Frauen verdienen bei gleicher Qualifikation nach wie vor weniger als Männer. Das sogenannte Gender-Pay-Gap beträgt fast 20 Prozent. Der Anteil an Teilzeitarbeit von Frauen ist höher, das Armutsrisiko von Frauen ist höher, Frauen leisten nach wie vor den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit (Sorge-Arbeit). In Bremen verstärkt unsere Wirtschaftsstruktur mit ihrer starken Industrie und unterrepräsentierten hochqualifizierten Dienstleistungen diesen Befund. Die Frauenerwerbsquote in Bremen liegt fünf Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, der Anteil von</p>	<p>Wir wollen die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und setzen uns für gleiche Bezahlung und gute Kinderbetreuung ein. (Seite 36)</p> <p>Wir gewährleisten, dass Arbeitnehmer*innen durch die von uns neu geschaffenen Bedingungen bestmöglich geschützt werden: ein Mindestlohn als Schutz vor Ausbeutung, faire Arbeitsbedingungen durch Tarifbindung, moderne familienfreundliche Arbeitsformen, gerechte Entgelte für Frauen und Männer mit unserer Entgeltgleichheitsstrategie, mehr Frauen in Führung und mehr „geteilte Führung“ (...) (Seite 37f)</p>	<p>Mehr Entgeltgleichheit und eine höhere Frauenerwerbsquote wollen wir vor allem dadurch erreichen, dass die Erwerbsarbeit von Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuung beeinträchtigt wird. Die Landesstrategie zu Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit soll konsequent umgesetzt werden. (Seite 7)</p> <p>Die im Rahmen der vom Arbeitsressort entwickelten Landesstrategie „Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ beschriebenen Maßnahmen sollen umgesetzt</p>	<p>Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Wir Freie Demokraten begrüßen unbürokratische Methoden, die zur Transparenz der Lohnlücke beitragen. (Seite 83)</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).







* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

		<p>Frauen, die in Teilzeit arbeiten, ist in Bremen merklich höher als im Bundesdurchschnitt. Weit überdurchschnittlich häufig sind Frauen im Land Bremen in Minijobs tätig. In Bremen arbeiten ca. 13 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen ausschließlich in einem Minijob, also ohne die Chance auf eine eigenständige soziale Absicherung bzw. nur mit schlechter eigener sozialer Absicherung. Solche Beschäftigungsverhältnisse legen fast zwangsläufig die Grundlage für Altersarmut. (Seite 11)</p> <p>Wir werden deshalb ein Landesaktionsprogramm „Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ auflegen und unter Verwendung der „Landesstrategie für Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ umsetzen. Zur Planung und Umsetzung werden wir eine ressortübergreifende hochrangige Steuerungsgruppe einsetzen und zentral in der Senatskanzlei anbinden, um die Beteiligung aller Bereiche von Politik und Verwaltung sicherzustellen. Wir werden Kammern, Gewerkschaften und Verbände</p>	<p>Care-Arbeit fair bezahlen Die Pandemie lehrte uns, dass vor allem Frauen systemrelevant, aber schlecht bezahlt arbeiten. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen endlich auch soziale und pflegerische Arbeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sich-Kümmerns (Care-Arbeit) fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden. Wir fordern eine Bundesinitiative für eine bessere finanzielle und fachliche Unterstützung pflegender Angehöriger. Dabei setzen wir uns im Besonderen auch für pflegende Kinder und Jugendliche („Young Carers“) ein. Entgeltgleichheitsgesetz Bezahlung und Aufstiegschancen dürfen nicht vom Geschlecht abhängig sein. Schon seit Jahrzehnten setzen wir Grüne uns für Lohngerechtigkeit ein. Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sowie gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind weiterhin unser Ziel. Wir fordern ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Betriebe und Tarifpart-</p>	<p>werden. Dazu gehören Pilotprojekte zur Verbesserung der Situation von Frauen ebenso wie die Aufstockung der EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) für diesen Bereich. Auf Bundesebene werden wir uns für die Weiterentwicklung des Gleichstellungsgesetzes einsetzen. (Seite 36)</p> <p>Wir setzen uns für die Umsetzung einer ressortübergreifenden Strategie gegen Entgeltungleichheit im Land Bremen ein. (Seite 38)</p> <p>Die derzeitige Ausgestaltung des Steuersystems für Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften verfestigt über die Fehlanreize des Ehegattensplittings traditionelle Rollenbilder und „Alleiner-nährer“-Modelle, mehrheitlich zu Lasten der Erwerbsquote von Frauen mit Folgen bis hin zur Rente. Wir wollen das Ehegattensplitting durch ein Realsplitting ersetzen, bei dem beide Ehepartner*innen individuell mit übertragbarem Grundfreibetrag veranlagt werden. (Seite 38)</p>	
--	--	--	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

		<p>einladen, sich daran zu beteiligen. (Seite 11)</p> <p>Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, das Entgeltgleichheitsgesetz weiterzuentwickeln und noch wirkungsvoller zu machen. (Seite 11)</p> <p>Um die Erfolge des Aktionsprogramms zu bewerten und weitere Handlungsnotwendigkeiten zu identifizieren, werden wir ein regelmäßiges Monitoring der beruflichen Gleichstellung im Land Bremen veröffentlichen. (Seite 12)</p> <p>Ehegatten-Splitting ist ein Relikt aus der Zeit, als der Mann der Hauptverdiener war. Für verheiratete Frauen setzt dieses Modell falsche Anreize für eine geringe Erwerbsbeteiligung oder gar den Verzicht auf diese. Diese Anreize führen dazu, dass sich viele Frauen weiterhin auf das Lebensmodell als Hausfrau einlassen. Daher unterstützen wir die Pläne der Koalition im Bund, eine „Familienbesteuerung“ einzuführen.</p>	<p>ner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen verpflichtet werden. (Seite 40f)</p> <p>Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. Der konsequenten Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting wollen wir mehr Nachdruck verleihen. Ziel ist es, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Menschen aller Geschlechter bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen und auch bei der Ressourcenverteilung Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Hier werden wir transparenter machen, wo die Haushaltsmittel ihre Wirkung entfalten und welchen gesellschaftlichen Gruppen sie besonders zugutekommen. Die erfolgreiche Anwendung des Gender Budgeting beim Bremen-Fonds wird daher der Maßstab für alle Ressorthaushalte und politischen Entscheidungen. (Seite 120)</p>	<p>Die Zahl der Beschäftigten in den Ausgliederungen ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich und stetig gestiegen, vor allem Frauen sind hier beschäftigt und der Gender-Pay-Gap liegt erheblich höher als in der Kernverwaltung. In einer ganzen Reihe von Untergesellschaften findet so Tarifflicht statt, die wir nicht akzeptabel finden. Wir setzen uns für die Schließung der Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen ein. Denn auch im öffentlichen Dienst sowie für die Unternehmen mit Landesbeteiligung muss selbstverständlich gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das Landesgleichstellungsgesetz ist in diese Richtung weiterzuentwickeln. (Seite 67)</p>	
--	--	---	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

		<p>(Seite 113)</p> <p>Der Gender-Pay-Gap in Bremen liegt bei 22 Prozent, im Bundesdurchschnitt bei 18 Prozent. Die Corona-Pandemie hat sich hinsichtlich der Verteilung der Erwerbsarbeit, Sorgearbeit und Rollenverteilung für die meisten Frauen negativ ausgewirkt. (...)</p> <p>Wir haben die Senatsstrategie „Entgeltgleichheit“ auf den Weg gebracht, um auf Landesebene Maßnahmen umzusetzen, um den Gender-Pay-Gap zu schließen. Möglich ist dies nur, wenn sich die Beschäftigungsperspektiven für Frauen in Bremen und Bremerhaven insgesamt verbessern.</p> <p>(Seite 132ff)</p> <p>Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes einsetzen. Unternehmen und Verwaltungen müssen dazu verpflichtet werden, Löhne und Gehälter im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und Verfahren festzulegen, mit denen Ungleichheit bei der Entlohnung beseitigt wird, ohne dass sich Betroffene</p>			
--	--	---	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

		selbst darum kümmern müssen. (...) (Seite 134) Geschlechtergerechtigkeit und Diversität sind wesentliche Erfolgsfaktoren für alle politischen und gesellschaftlichen Maßnahmen, so ist es in Artikel 2 unserer Landesverfassung verankert. Die Weiterentwicklung eines verfassungskonformen Paritätsgesetzes zur Geschlechtergerechtigkeit in allen Gremien des öffentlichen Rechts bleibt weiterhin unser Ziel. (Seite 134)			
Digitalisierung/ Start-Ups / Gründerinnen	Zielgenaue Qualifikationen in Berufsausbildung, Hochschulen und Schulen stärken diese Cluster. Unser Querschnittsziel ist, mehr Frauen für Gründungen zu begeistern und sie - ebenso wie Personen mit Migrationsgeschichte - durch spezielle Beratungsangebote und Formate des „Starthaus“ und dessen Netzwerkpartnern auf ihrem Weg zu unterstützen. (Seite 17) Gründungen von Frauen im Speziellen fördern (vgl. Wirtschaft) (Seite 84)	Im Bereich der Wirtschaftsförderung werden wir prüfen, wie die Genderrelevanz (Geschlechtergerechtigkeit) von Projekten und Programmen zu einem entscheidungsrelevanten Kriterium gemacht werden kann. Erste Erfahrungen damit sind bei der Entscheidung über den Bremen-Fonds gesammelt worden; darauf wollen wir aufbauen. (Seite 12) Wir sorgen für die geschlechtergerechte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung, die vor dem Hintergrund, dass zukünftig ein Großteil der Fördermittel in Projekte mit Blick auf die Digitalisierung und/oder die ökologische	Wir sehen einen integrativen und feministischen Ansatz von Wirtschaftspolitik ausdrücklich als Chance für Bremen als Wirtschaftsstandort. Deshalb wollen wir das Arbeits-, Gründungs- und Fachkräftepotenzial von Frauen stärken. (Seite 221) Durch die oft prekäre Lage der Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt wissen wir: Es braucht eine feministische Perspektive auf Wirtschaftspolitik, um genderbedingte Ungleichbehandlung zu überwinden und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Wir wollen die Geschlechtergleichstellung zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für	Wir werden ein Kompetenzzentrum Smart Services schaffen, zur Förderung wissenschaftsintensiver Dienstleistungen und digitaler Dienstleistungen im Handwerk. Wir wollen den Dienstleistungsbereich mit seinem hohen Frauenanteil stärken und Förderprogramme so gestalten, dass die größtenteils kleinen Unternehmen und Solo-Selbständige davon profitieren können. (Seite 30) Das LINKE Wirtschaftsressort hat mit dem Programm „SHE STARTS NOW!“ im Starthaus erreicht, dass deutlich mehr Frauen von den Angeboten zur Gründungsberatung profitieren	Wir wollen das Land Bremen zum Gründerland machen, indem wir die staatlichen Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich mehr innovative Gründerinnen und Gründer ansiedeln. (Seite 29)

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

		<p>Transformation fließen wird, unverzichtbar für die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist. Die für die Mittelvergabe beim Bremen-Fonds entwickelte Gender-Ampel soll für diese Investitionen als Einstieg in ein flächendeckendes Gender Budgeting eingesetzt werden. (Seite 133)</p>	<p>das Land Bremen machen. Das bedeutet, dass wir das Arbeits- und Fachkräftepotenzial von Frauen stärken und die Rahmenbedingungen zum gleichberechtigten Zugang für Frauen bei Unternehmensgründungen oder zu Führungsetagen gezielt fördern werden. (Seite 224)</p> <p>Dabei achten wir bei der öffentlichen Förderung besonders auf eine gendersensible Verteilung von Geldern und unterstützen Frauen durch gezielte Förderprogramme besonders beim Gründen. (Seite 230)</p>	<p>konnten. Das Ziel für die kommende Legislaturperiode ist es, dieses Potenzial in nachhaltig erfolgreiche Gründungen zu überführen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden für uns gemeinwohlorientierte soziale Unternehmen (Social Entrepreneurship), die Arbeit, Kapital, Geschlechterverhältnisse einen Schwerpunkt der Gründungsaktivitäten in den vergangenen Jahren eingenommen haben. Dieser Bereich wächst stark und zeichnet sich durch einen überdurchschnittlichen Frauenanteil aus. (Seite 31)</p> <p>Projekte wie „F.IT – Frauen in IT“ sollen verstetigt werden, um in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und der Digitalbranche Frauen für IT-Berufe zu gewinnen und zu qualifizieren. (Seite 35)</p>	
--	--	--	---	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>



<p>Leben frei von Gewalt</p>	<p>Frauen und Mädchen sind in besonderem Maße von (häuslicher) Gewalt betroffen. Gewalt hat dabei viele Gesichter und lässt sich nicht immer im Sinne des Strafrechts objektivieren. Wir werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • uns weiterhin für die vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bremen und Bremerhaven einsetzen und unterstützen alle Maßnahmen, um Gewalt präventiv und aktiv zu begegnen, • für ein bedarfsgerechtes, niedrigschwelliges und barrierefreies Beratungsangebot und für auskömmliche Frauenhausplätze sorgen, • auf Bundesebene darauf hinwirken, dass ein bundesweit einheitliches Finanzierungskonzept entsteht, um alle Frauenhäuser auf gleicher Basis und hinreichend zu finanzieren, • u.a. die Ausleuchtung dunkler Wege und Straßen, den Ausbau von Frauenparkplätzen in Parkhäusern, sowie den Ausbau von Frauensitzplätzen im ÖPNV in den Fokus nehmen, um das Sicherheitsgefühl von Frauen im öffentlichen Raum zu stärken. (Seite 83) 	<p>Auf die Sicherheit für Frauen und Kinder legen wir einen besonderen Schwerpunkt. Wir sagen laut Nein zu Gewalt an Frauen! Deshalb forcieren wir die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und halten die eingerichteten Bereiche stets arbeitsfähig. Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit den entsprechenden Fachstellen weitere Präventionsmaßnahmen und niedrigschwellige Hilfsangebote für betroffene Frauen entwickeln. Wir werden unser Polizeirecht, wenn erforderlich, weiter anpassen, um den Schutz von Frauen und Kindern weiter zu stärken. (...) Unsere Polizei erhält verlässlich die erforderlichen Ressourcen, um die Sicherheit für Frauen, Kinder und Jugendliche deutlich zu erhöhen. (Seite 99)</p> <p>Weitere Themen (Istanbul Convention, erleichterter Zugang zu Therapieplätzen, Verbesserte Finanzierung Frauenhäuser, barrierefreie Einrichtungen für</p>	<p>Frauen, BIPOC, queere Menschen und andere Minderheiten im Netz stärker schützen Wir setzen uns für eine Erweiterung der statistischen Erfassung von Hasskriminalität bei den Staatsanwaltschaften ein, sodass Hasskriminalität insbesondere gegen Frauen, inter*, trans*, nicht-binäre Personen sowie gegen BIPOC, Migrant*innen und Menschen mit Behinderung dort sichtbar wird. Personen, die Gewalt im Netz erfahren haben, müssen unterstützt werden. In der Landesantidiskriminierungsstelle sollen deshalb Betroffene von Hass und Hetze im Netz ein unabhängiges Beratungsangebot finden, an das sie sich schnell und unbürokratisch wenden können. Denn aus Hass und Gewalt im Netz resultiert regelmäßig Gewalt in der analogen Welt. (Seite 97)</p> <p>Wir wollen das Opferanlaufstellengesetz ausbauen. Darin wollen wir die Möglichkeiten für Opferschutzrichtungen ausweiten, proaktiv auf die Betroffenen zugehen zu dürfen, statt sie allzu oft allein zu lassen – denn viele Betroffene von Straftaten holen sich aus Unwissenheit oder Unsicherheit bisher keine Hilfe. Dabei wollen wir einen besonderen Fokus darauflegen, Menschen trotz sprachlicher oder anderer Barrieren</p>	<p>Gewalt, Sexismus und sexuelle Belästigung sind für Frauen und queere Menschen viel zu oft alltägliche Realität. Gerade im häuslichen Bereich, wo eigentlich Vertrauen, Schutz und Geborgenheit herrschen sollten, ist die Zahl der von Gewalt betroffenen Frauen am höchsten – Tendenz steigend. Aber auch am Arbeitsplatz sind sexuelle Übergriffe weitverbreitet. Wir wollen mehr Mittel für Prävention, Aufklärung und die Vermittlung von Hilfsangeboten, um gegen häusliche Gewalt – körperlich sowie psychisch – stärker vorzugehen. Ebenso wollen wir eine Sensibilisierung von Polizei und Staatsanwaltschaft. (Seite 40)</p> <p>Das Land Bremen soll Femizide, also frauenfeindliche Tötungen durch Männer (diese werden vor dem Hintergrund hierarchischer Geschlechterverhältnisse und männlicher Dominanzansprüche verübt), auch als solche benennen und sich auf Bundesebene für eine unabhängige Beobachtungsstelle einsetzen. Wir werden uns daher weiterhin für eine schnelle Umsetzung der im Landesaktionsplan</p>	<p>Gewaltdelikte gegen Frauen haben 2020 und 2021 kontinuierlich zugenommen. Da Frauen immer häufiger Opfer von häuslicher Gewalt werden, brauchen sie besonderen Schutz. Dazu gehören auch ausreichend Schutzunterkünfte für Frauen inklusive geflüchteter Frauen und Frauen mit Kindern, in denen Frauen im Notfall sofortigen Wohnraum und psychologische Betreuung erhalten. Deswegen wollen wir insbesondere in der Stadt Bremen die Wohnkapazitäten in besserer Qualität erhöhen. Für die Schutzunterkünfte braucht es genügend psychologisches Betreuungspersonal, um Betroffenen von häuslicher Gewalt den bestmöglichen Hilfe zu bieten. Wir begrüßen den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und achten darauf, dass eine konsequente und zügige Umsetzung der dort erwähnten Punkte vollumfänglich und qualitativ hochwertig stattfindet. Dies schließt unter anderem den Aspekt "Digitale Gewalt gegen Frauen" ein. Dazu gehören Cyberstalking, Cybermobbing, Bedrohung, das sogenannte „Upskirting“ und jegliche Taten, die im digitalen Raum begangen werden. Wir wollen die</p>
-------------------------------------	--	---	---	---	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

		<p>Frauen und Mädchen, Cybermobbing, Hasskriminalität gegen Frauen, Femizid) ausführlich auf Seite 135.</p>	<p>einen Zugang zur Opferhilfe zu verschaffen. Dazu gehört die gezielte Sensibilisierung aller Einsatz- und Rettungsdienste sowie eine regelmäßige Evaluierung bereits eingeführter Maßnahmen. Das Gesetz soll ein Teil der Umsetzung der Istanbul-Konvention sein. (Seite 98 & 99)</p> <p>Den Skandal um Rassismus, Queer- und Frauenfeindlichkeit bei der Feuerwehr Bremen werden wir weiter konsequent aufarbeiten. (...) Den Prozess „Feuerwehr 2025“ begleiten wir konstruktiv, um die Feuerwehr Bremen zu einer der modernsten Feuerwehren Deutschlands zu machen. Dazu gehört für uns auch, eine Kultur von Respekt und Toleranz zu fördern. (Seite 101)</p> <p>Kampf gegen Gewalt an Frauen fortführen Die Übergänge von Sexismus zu sexualisierter Gewalt sind oft fließend. Viel zu viele Frauen, trans* und inter* Personen werden Opfer von Gewalt, die Coronapandemie hat die Situation für viele Betroffene noch verschärft. Mit der Vorlage des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention haben wir im Land Bremen einen Meilenstein im Kampf gegen Gewalt gegen</p>	<p>zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vorgeschlagenen Maßnahmen stark-machen. Dazu gehören das Schaffen verpflichtender Schulungen für die betroffenen Institutionen wie auch der Ausbau von Frauenhausplätzen und das Einsetzen eines wirksamen Risikomanagementsystems. (Seite 40)</p> <p>Um Vergewaltigungen und andere Sexualstraftaten besser verfolgen zu können, hat die Landesregierung unter unserer Federführung die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung ausgebaut, bei der Betroffene Beweise sichern können, bevor sie sich für eine Anzeige gegen den oder die Täter entscheiden. Dieses Angebot einer Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte wird nun auch auf andere Gewaltstraftaten ausgeweitet und sollte noch bekannter gemacht werden. Bei Sexualdelikten soll bei Polizei und Justiz besondere Sensibilität im Sinne der Betroffenen geschult und umgesetzt werden. (Seite 40)</p>	<p>Forschungsgelder bereitstellen, um ein Strategie- und Präventionskonzept gegen Digitale Gewalt zu entwickeln. Zudem fordern wir, dass für Betroffene von digitaler Gewalt eine Beratungsstelle mit geschultem Fachpersonal eingerichtet wird. Außerdem müssen Lehrkräfte speziell auf das Erkennen digitaler Gewalt geschult werden. Wir unterstützen das Vorhaben, eine gut erreichbare Gewaltschutzambulanz (GSA) am Klinikum Bremen Mitte einzurichten. Diese soll als zentrale Anlaufstelle für Betroffene von sexualisierter/häuslicher Gewalt dienen. Wir begrüßen, dass in weiteren Stadtteilen Bremens, inklusive Bremen-Nord und in Bremerhaven, zusätzliche Traumaambulanzen eingerichtet werden, die mit der GSA kooperieren, so dass eine flächendeckende Betreuung und Versorgung von Betroffenen gezielt erfolgen kann. (Seite 85f)</p>
--	--	---	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>

					
---	---	---	---	---	---

			<p>Frauen, trans* und inter* Personen geschaffen. Nun heißt es, die beschlossenen notwendigen Maßnahmen in enger Kooperation mit dem neu geschaffenen Betroffenenbeirat umzusetzen und stetig zu evaluieren. Wir werden Aufklärung in Behörden, Polizei und Justiz zum Thema häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie inter* und trans* Menschen ausbauen. Wir wollen intensiv dabei unterstützen, Wege aus der Gewalt zu finden – mit guten vernetzten Hilfesystemen für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie mit mehr professioneller Täter*innenarbeit. (...) (Seite 120)</p>	<p>Für geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrungen wollen wir bedarfsgerechte Schutzeinrichtungen gewährleisten und angemessene medizinische und psychologische Versorgung absichern. Wir kämpfen weiterhin für ein uneingeschränktes Bleiberecht dieser Frauen. Wir fordern Schulungen beim Job-center und dem Amt für Soziale Dienste zum Umgang mit Gewaltbetroffenen. (Seite 40)</p>	
--	--	--	---	---	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Parteien in der Bürgerschaft in Bremen nach Anzahl der Sitze: CDU (26,7%), SPD (24,9), Grüne (17,4%), Linke (11,3%) und FDP (5,9%).

* Quelle: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/42228/mitglieder-nach-bundeslaendern>